
Antrag der REP-Stadtratsfraktion; Aktuelle Bedrohungslage durch Extremisten

KSD 20101994

Die Republikaner im Stadtrat Ludwigshafen

A N T R A G

zur Sitzung des Stadtrates am 06.12.2010
öffentliche Sitzung!

Aktuelle Bedrohungslage durch Extremisten

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat beschließt, dass die derzeit laufende Kampagne „Kampf gegen rechts“, ausgeweitet wird auf alle extremistischen Bereiche! Hiermit ist gemeint:

Extremismus und Gewalt von rechts

Extremismus und Gewalt von links

Extremismus und Gewalt von Ausländern.

Die aktuelle Bedrohung durch Terror gebietet diesen Schritt, auf kommunaler Ebene. Ebenso die Öffentlichkeit durch eine Kooperation von Ordnungsbehörden, Jugendamt, Polizeiinspektionen, Kriminalpräventiver Räte sowie alle Sicherheitsrelevanten Organe der Stadt Ludwigshafen zu informieren und zu beraten.

Begründung:

Es gibt keinen „guten“ und „schlechten“ Extremismus.

Linksextremismus, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus sind politische Erscheinungsformen, die gleichwertig von der demokratischen Gesellschaft bekämpft werden müssen.

Die aktuelle Bedrohung durch den Ausländerextremismus oder auch Terrorismus, sowie die Ausschreitungen in der Vergangenheit durch Linksautonome, muss endlich zu einem Umdenken führen. Hier erfordern besondere Umstände auch besondere Massnahmen.

Die Bundesregierung hat dieses erkannt und stellt sich gegen jede Art von Extremismus.

Aber nicht nur der Bund ist verantwortlich, sondern auch Land und Kommunen sind gefordert, etwas zu tun.

Jede Stadt, jede Gemeinde ist für seine Bürger und deren Sicherheit verantwortlich. Hier sollten doch wirklich alle zusammenarbeiten um den Bedrohungen zu begegnen.

Alle Mitglieder des Stadtrates haben gelobt, für den Bürger da zu sein. Es sollen alle persönlichen, oder Parteiinteressen an allerletzter Stelle stehen.

Hier muss aktiv etwas getan werden. Hier ist Aufklärung über jede Form von Extremismus angesagt und keine Schönrederei auf der einen Seite und Verteufelung auf der anderen Seite. Der Bürger hat uns gewählt und die Verantwortung übertragen, diesem Willen der Bürger sollten wir auch gerecht werden.

Aus Kampf gegen Rechts, muss ein Kampf gegen jede Form von Extremismus und Gewalt werden.

Vor allem wird hier der Begriff „Rechts“ sehr gerne mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Es sollte aber jeder wissen, dass dieser Begriff einen anderen Ursprung hat!

Zitatauszug Wikipedia:

Das Aufkommen der Links-Rechts-Unterscheidung im Sinne politischer Richtungsbegriffe wird auf den Ursprung der [Französischen Nationalversammlung](#) in der [verfassunggebenden Nationalversammlung](#) (Konstituante) von 1789 zurückgeführt.

Da dieser Begriff aus dem Jahre 1789 stammt und es zu diesem Zeitpunkt noch keine „Nazis“ gab, ist es absolut falsch, was man den Menschen erzählt!

Wir Republikaner jedenfalls verstehen uns als Menschen, die noch Nationalstolz besitzen. Ist es ein Verbrechen, stolz zu sein, ein Deutscher zu sein?

Wir akzeptieren und helfen jedem, der sich in Deutschland rechtmässig aufhält, sich an Gesetz und Ordnung hält und auch bereit ist sich zu integrieren, egal ob mit oder ohne deutschen Pass.

Auch diese Menschen haben das Recht, von uns informiert und geschützt zu werden. Es ist also unumgänglich, dass die Parole: „Kampf gegen Rechts“, verschwindet und in „Kampf gegen jede Art von Extremismus und Gewalt“, abgeändert wird. Die Bürger unserer Stadt, bzw. alle Bürger Deutschlands sollten nicht einseitig informiert werden.

Es wird Zeit, dass etwas getan wird, warum sollten wir in Ludwigshafen nicht damit beginnen und für andere ein Vorbild darstellen.

Noch ein kleines Nachwort zum Nachdenken:

Ein gesunder Körper hat auch einen rechten und einen linken Arm. Wenn man einen Teil amputiert, ist der gesamte Körper nicht mehr voll handlungsfähig!

Udo Thümmel

Fraktionsvorsitzender im Stadtrat

Die Republikaner

Ludwigshafen, 24.11.2010

Fraktionsgeschäftsstelle:
Maudacher Str 103 67065 Ludwigshafen
e-mail : udo.thuemmel@rep-lu.de